

UMFRAGE DER WELTHUNGERHILFE

Ein ambitionierter Klimaschutz ist unsere Verantwortung gegenüber den Menschen im globalen Süden

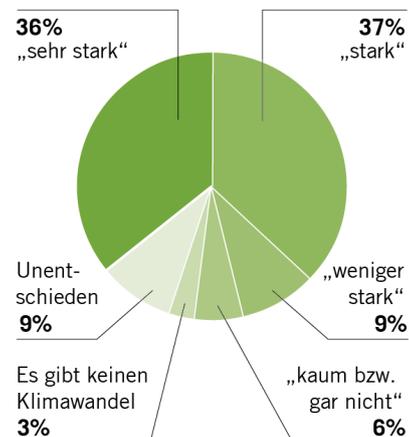
24. September 2021

Der Klimawandel ist eine der größten globalen Herausforderungen unserer Zeit. Seine Folgen treffen die Menschen in den Ländern des globalen Südens am stärksten, da diese nicht über ausreichende Ressourcen für die Anpassung an und die Bewältigung von Folgen des Klimawandels verfügen. Inwieweit nimmt die deutsche Bevölkerung wahr, dass der Klimawandel die existierenden Probleme dort besonders verschärft? Sehen die Deutschen die Industrieländer in der Verantwortung, dass sich die Verhältnisse im globalen Süden durch den Klimawandel nicht noch weiter verschlechtern? Um diese Fragen zu beantworten, beauftragte die Welthungerhilfe das Institut für Demoskopie Allensbach mit einer repräsentativen Studie¹ im August 2021.

Fast drei Viertel der Menschen in Deutschland sind überzeugt, dass der Klimawandel Hunger und Armut im globalen Süden verschärft. Dabei sind 36 Prozent der Meinung, dass der entsprechende Zusammenhang sehr stark ist. Diese Ansicht deckt sich mit der Sichtweise der Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen (FAO): Immer häufigere und immer schwerwiegendere Überschwemmungen, Dürren und tropische Stürme beeinträchtigen die Lebensmittelproduktion sowie den Zugang zu Nahrung weltweit. Diese negativen Auswirkungen des Klimawandels betreffen Südasien und Subsahara-Afrika besonders stark, also vor allem die Regionen, in denen Hunger am weitesten verbreitet ist.²

Frage:

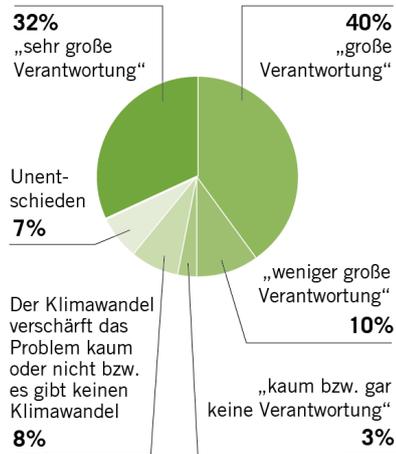
"Wieweit verschärft der Klimawandel das Problem von Hunger und Armut in den Entwicklungsländern? Würden Sie sagen, der Klimawandel verschärft dieses Problem ..."



¹ Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach; Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12039. Die Studie stützt sich auf insgesamt 1 074 mündlich-persönliche Interviews mit einem repräsentativen Querschnitt der deutschen Bevölkerung ab 16 Jahre. Die Befragung wurde zwischen dem 5. und dem 17. August 2021 durchgeführt.

² FAO, 2021: *The impact of disasters and crises on agriculture and food security*. Rom. <https://doi.org/10.4060/cb3673en>

Frage:
"Tragen Deutschland und die anderen Industrieländer eine Verantwortung, dafür zu sorgen, dass der Klimawandel die Lebenssituation von Menschen in Entwicklungsländern nicht weiter verschlechtert? Würden Sie sagen, die Industrieländer haben hier eine ..."



Ein Großteil der deutschen Bevölkerung (72 Prozent) sieht Deutschland und andere Industrieländer in der Verantwortung dafür zu sorgen, dass der Klimawandel die Lebenssituation der Menschen im globalen Süden nicht weiter verschlechtert. Schließlich sind die Länder des globalen Nordens für die meisten Treibhausgasemissionen verantwortlich, die seit Beginn der Industrialisierung ausgestoßen wurden und den menschengemachten Klimawandel verursachen. Lediglich 13 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass Deutschland und andere Industrieländer wenig bis gar keine Verantwortung für die Auswirkungen des Klimawandels tragen.

Etwa acht Prozent der Befragten bestreiten, dass der Klimawandel zur Verschärfung von Hunger und Armut beiträgt oder bezweifeln, dass es den Klimawandel überhaupt gibt. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse bestätigen jedoch eindeutig das Gegenteil.

Was aber kann Deutschland nun tun, um dieser Verantwortung gerecht zu werden? Zum einen besteht die große Erwartung, dass die Politik ambitionierte Klimaziele setzt und auch einhält. Zum anderen sehen die Befragten großes Wirkungspotenzial bei den deutschen Unternehmen, die durch die Umgestaltung ihrer Produktionsprozesse einen wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels leisten können. Die Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen in den Ländern des globalen Südens selbst wird zwar mehrheitlich befürwortet, Katastrophenhilfe und Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels in diesen Ländern werden jedoch für wichtiger erachtet.

Somit lässt sich festhalten, dass die Bevölkerung eine Vielzahl an Maßnahmen für wichtig hält, um die Folgen des Klimawandels für die Menschen im globalen Süden abzumildern. Dabei sieht ein Großteil den Handlungsbedarf vor allem in Deutschland und anderen Industrieländern.

Frage:

"Wenn es darum geht, die Folgen des Klimawandels für die Menschen in den Entwicklungsländern abzumildern: Wie weit sollte sich Deutschland Ihrer Meinung nach hier engagieren? Bitte sagen Sie mir für jeden Punkt auf den Karten hier, ob Sie es für sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder gar nicht wichtig halten, dass Deutschland dies tut."

Dass Deutschland –

sich in der internationalen Politik dafür einsetzt, dass ehrgeizige Klimaziele vereinbart und eingehalten werden

Angaben in %

für mehr Klimaschutz bei uns sorgt, indem deutsche Unternehmen verpflichtet werden, ihre Produktionsprozesse klimafreundlicher zu gestalten

finanzielle Mittel für die Katastrophenhilfe in Entwicklungsländern bereitstellt

finanzielle Mittel für Entwicklungsländer bereitstellt, damit diese sich besser an den Klimawandel anpassen und vor den Folgen des Klimawandels schützen können

finanzielle Mittel für Entwicklungsländer bereitstellt, damit diese ihren Ausstoß an Treibhausgasen verringern können

für mehr Klimaschutz bei uns sorgt, indem klimaschädliche Produkte für die Verbraucher verteuert werden, z.B. durch höhere Steuern

Menschen, die ihre Heimat wegen des Klimawandels verlassen, die Einwanderung nach Europa ermöglicht ist –

■ sehr wichtig ■ wichtig ■ gar nicht wichtig ■ weniger wichtig

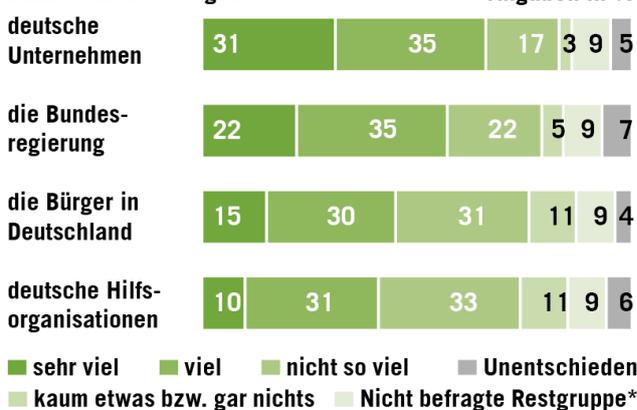
Auf 100 fehlende Prozent: unentschieden bzw. es gibt keinen Klimawandel bzw. der Klimawandel verschärft das Problem von Hunger und Armut in den Entwicklungsländern kaum oder gar nicht.

Frage:

„Wer kann in Deutschland Ihrer Meinung nach viel und wer nicht so viel dazu beitragen, dass der Klimawandel die Lebenssituation der Menschen in Entwicklungsländern nicht weiter verschlechtert?“

Dazu können beitragen:

Angaben in %



* Personen, die der Meinung sind, es gibt keinen Klimawandel bzw. der Klimawandel verschärft das Problem in Entwicklungsländern nicht.

Den deutschen Unternehmen wird das größte Potenzial beigemessen, negative Auswirkungen des Klimawandels auf die Lebenssituation der Menschen im globalen Süden verhindern zu können. Auch die Bundesregierung kann in den Augen einer klaren Mehrheit wesentlich dazu beitragen. Es liegt nahe, dass der Privatsektor und die Politik in dieser Frage gemeinsam handeln müssen: Gesetzliche Rahmenbedingungen und ein bindender Zeitplan für klimafreundliches Wirtschaften sind für die notwendigen Umstellungen in Unternehmen essenziell.

Die Bürger*innen in Deutschland und deutsche Hilfsorganisationen können laut der Befragten hingegen weniger zu Lösungen des Problems beitragen. Der Großteil der Erwartungen richtet sich offensichtlich an Akteure, die über Kapazitäten für systemische Veränderungen verfügen.

Herausgeber:

Deutsche Welthungerhilfe e. V.
Berlin, 10117, Reinhardtstraße 18
Bonn, 53173, Friedrich-Ebert-Straße 1
www.welthungerhilfe.de

Ansprechpartner:

Harry Hoffmann
Tel. +49 (0)30 288749 32
harry.hoffmann@welthungerhilfe.de